

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 3/1987 – September

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Konjunktur der Bundesrepublik hat sich nach dem scharfen Einbruch im ersten Vierteljahr 1987 wieder etwas erholt. Trotzdem mußten die Wachstumsprognosen nochmals nach unten „angepaßt“ werden: Im Jahresdurchschnitt wird nun nur noch mit einem realen Wirtschaftswachstum um rund ein Prozent gerechnet. Die Erholung nach dem Winterhalbjahr ist schwächer ausgefallen als erhofft, so daß der Rückschlag bislang noch nicht ausgeglichen werden konnte.

Besonders auffallend ist die Schwäche im Bereich der materiellen Produktion. Die Erzeugung des produzierenden Gewerbes (Industrie, Bergbau und Energiewirtschaft, Bauwirtschaft) liegt deutlich unter dem Vorjahresstand. Der Produktionshöhepunkt des auslaufenden Konjunkturzyklus war schon 1986 erreicht, 1987 geht die Erzeugung bereits wieder zurück. Auch ist eine Expansion seit 1980 nur für den Investitionsgüterbereich festzustellen. Der Produktionshöhepunkt des vorangegangenen Zyklus im Jahre 1980 ist weder im Grundstoffbereich noch bei der Konsumgüterproduktion wieder erreicht worden. Das Baugewerbe mußte seine Aktivität fast kontinuierlich einschränken und dürfte 1987 kaum noch vier Fünftel der Leistung von 1980 erbringen. Das schwache Wachstum der Wirtschaft wird derzeit nur noch von den Dienstleistungen bestimmt, einem allerdings sehr differenzierten Sektor.

Trotzdem ist es falsch, darin die Tendenz zu einer „Dienstleistungsgesellschaft“ zu erblicken, d. h. von einem generellen Bedeutungsverlust der Industrie, einer „Desindustrialisierung“ zu sprechen. Denn wenn man den großen Bereich der Dienstleistungen näher untersucht, so wird festgestellt, daß das Dienstleistungswachstum überwiegend von der Expansion der unternehmensbezogenen Aktivitäten bestimmt wird. Besonders expansiv sind Funktionen wie Gebäudereinigung, Leasing, Rechts- und Steuerberatung, Planung, Datenverarbeitung, Marktforschung, Werbung usw. Wir haben es also mit einer Veränderung der Struktur der industriellen Produktion einerseits und einer Zunahme parasitärer Funktionen andererseits zu tun. Diese werden von den Konzernen oft in formell selbständige Unter-

nehmen ausgelagert, so daß dadurch der statistische Eindruck einer „Entkopplung“ von Produktion und Dienstleistungen entsteht. Davon kann allerdings keine Rede sein: Das Dienstleistungswachstum ist nach wie vor bestimmt von der Dynamik der industriellen Produktion, ist an diese gebunden.

Während auf längere Sicht die Konsumgüterproduktion stagniert, wird die aktuelle Konjunkturphase derzeit (seit 1986) bestimmt von hohen Zuwachsraten beim privaten Verbrauch. Ohne die stabile Massenkaufkraft – immer noch Frucht der niedrigen Rohstoff- und Importpreise – müßte mit einem konjunkturellen Einbruch gerechnet werden. Im zweiten Halbjahr 1987 verlangsamt sich die Einkommensentwicklung bei den Lohn- und Sozialabhängigen deutlich, während die Preise wieder ansteigen. Die „Konjunkturstütze Konsum“ wird also an Kraft einbüßen.

Die für die Bundesrepublik wichtigen Warenexporte sind im ersten Halbjahr 1987 nur minimal unter den hohen Stand von 1986 zurückgefallen. Die Prognosen gehen davon aus, daß der Rückgang sich nicht verstärken wird, daß es in der weiteren Entwicklung sogar wieder zu einer leichten Belebung kommt. Obwohl bislang noch in keinem großen kapitalistischen Land eine neue Krise akut ausgebrochen ist – auch in den USA erweist sich die Konjunktur immer noch als widerstandsfähig –, überwiegen doch weitere Erlahmungserscheinungen im Welthandel. Vor allem in Westeuropa, der wichtigsten Exportregion der BRD, ist das Wachstum schwach. Daher spricht derzeit eher mehr für eine weitere Exportabschwächung – zudem die Ansätze zu einer Erholung des Dollarkurses bislang nicht von Dauer waren.

Trotz der Wachstumsschwäche setzt sich die Umverteilung zu Lasten der Löhne und Gehälter fort. Nach den vorliegenden Schätzungen wird die „Lohnquote“, der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, auch 1987 zurückgehen. Die Reallöhne nehmen noch etwas zu, allerdings deutlich langsamer als 1986. Das historisch höchste Reallohniveau von 1979 wird aber immer noch nicht ganz erreicht. Die Konzerne und Banken können ihre ex-

orbitant hohen Profite von 1986 überwiegend verteidigen bzw. nochmals etwas steigern.

Auf dem Arbeitsmarkt dagegen hat die Konjunkturabschwächung schon vor dem Beginn einer neuen Rezession tiefe Spuren hinterlassen. Der langsame Beschäftigungsanstieg in der Gesamtwirtschaft ist fast zum Stillstand gekommen. In der Industrie geht die Zahl der Erwerbstätigen bereits wieder zurück. Infolgedessen nimmt die Arbeitslosigkeit nach einer Periode der Stagnation wieder zu. Seit der Jahresmitte 1987 liegen die monatlichen Ziffern wieder über dem Vorjahresstand. Der Trend weist selbst dann nach oben, wenn es 1988 zu der von den meisten Prognosen erhofften Wachstumsbelebung kommen sollte. Bleibt diese Belebung aus, so wird die tatsächliche Arbeitslosigkeit – derzeit etwa 3,4 Millionen Personen – rasch an die vier Millionen herankommen.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Industriebranchen
- 1.5 Investitionen
- 1.6 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Steuerreform
- 3.4 Flexi-Konflikt im Bankenbereich
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

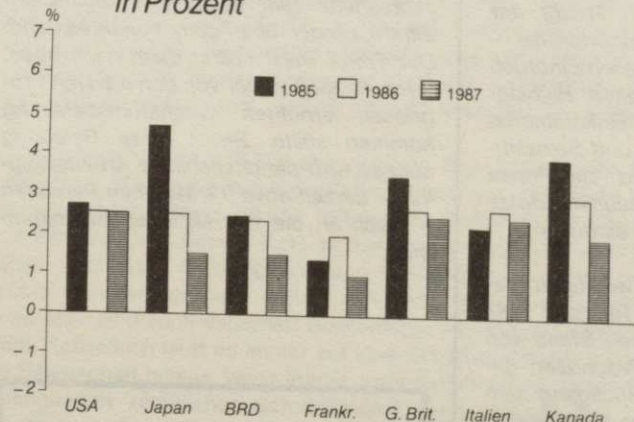
1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

In der kapitalistischen Weltwirtschaft mehrten sich die Anzeichen einer umfassenden Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit, die 1988 sogar in eine Rezession münden könnte. Vorbei ist die euphorische Stimmung, die der Verfall des Rohölpreises 1986 bei den bürgerlichen Ökonomen hervorgebracht hatte. Wie selbst der Präsident der Weltbank auf der UNCTAD-Konferenz im Juli d. J. sagte: „Die Weltwirtschaft steht an der Schwelle einer tiefen Rezession. Wir befinden uns in einem kritischen Moment, in dem die hier vertretenen Länder wählen müssen, ob sie auf ein globales Wachstum, eine Stagnation oder sogar eine Rezession der Weltwirtschaft zusteuern wollen.“

Bei den entwickelten kapitalistischen Ländern ist diese Wirtschaftsverlangsamung im allgemeinen auch der Finanzpolitik zuzuschreiben, die nach der herrschenden neoliberalen Auffassung auf eine Verminderung des gesamtstaatlichen Anteils am Bruttosozialprodukt hinauslaufen soll. In der letzten Nummer des „Economic Outlook“ der OECD heißt es dazu: „Das Ausmaß des strukturellen Haushaltsdefizits, dessen Veränderungen die diskretionellen Impulse der Haushaltspolitik widerspiegeln, zeigt, daß die Fiskalpolitik im gesamten OECD-Raum nach dem 1986 verzeichneten Übergang von einem leicht expansiven zu einem neutralen Kurs in den Jahren 1987 und 1988 restriktiv werden wird... In vielen Ländern spiegelt die gegenwärtige Ausrichtung der Haushaltspolitik den Versuch wider, die Zunahme der öffentlichen Verschuldung zu bremsen und letzten Endes zum Stillstand zu bringen“ (OECD, „Economic Outlook“, Nr. 41, Juni 1987, S. 19–20).

Reales Bruttosozialprodukt 1984–1986

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent



IMSF

Was die sieben größten kapitalistischen Länder anbetrifft, zeigt die Abbildung, daß die Wachstumsverluste in diesem Jahr in Japan, Bundesrepublik, Frankreich und Kanada besonders hoch sein dürften. Für die sieben Länder insgesamt wird ein Zuwachs des BSP zu konstanten Preisen von weniger als zwei Prozent prognostiziert, gegenüber einer Erhöhung von 2,5 bzw. 3 Prozent in den Jahren 1986 und 1985.

Die Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit ist bei der Industrie besonders ausgeprägt: Schon 1986 stagnierte die Industrieproduktion.

Veränderung der Industrieproduktion 1985–1987 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1985	Jahr	1986	4. Vj.	1. Vj.	1987	2. Vj.
USA	2,0	1,1	0,9	1,0	1,5	1,3	
Japan	4,5	-0,3	-1,4	-0,5	0,7	-0,5	
BRD	5,4	2,0	0,9	0,1	-1,0	-2,0	
Frankreich	-0,3	1,0	1,0	-	2,0	1,5	
Großbrit.	4,8	1,4	2,0	2,3	2,8	2,7	
Italien	1,4	3,1	1,7	2,9	2,7	2,5	
Kanada	4,3	0,4	2,5	-1,3	1,3	0,5	

1 Saisonbereinigte Angaben
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

tion in fast allen erwähnten Ländern; in den ersten zwei Quartalen d. J. war eine nennenswerte Zunahme derselben nur in Großbritannien und Italien zu verzeichnen.

Obwohl das – wenn auch mäßige – Wirtschaftswachstum schon fünf Jahre anhält, hat sich das Niveau der Arbeitslosigkeit kaum verändert: Wie die Tabelle zeigt, liegt die Zahl der Erwerbslosen in den sieben größten kapitalistischen Ländern nach wie vor bei über 23 Millionen; zwischen Anfang und Ende der Aufschwungphase des gegenwärtigen Zyklus ist die Arbeitslosigkeit nur in Nordamerika deutlich zurückgegangen, während sie in Japan, Großbritannien, Frankreich und Italien stark zugenommen hat. Für die entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt prognostiziert die OECD für Ende 1987 ein Niveau von 31,5 Millionen Erwerbslosen, was einer Arbeitslosenquote von 8,3 Prozent entspricht. Nie in den letzten 40 Jahren zuvor ist es zu einem so hohen Niveau der Arbeitslosigkeit vor der Abschwungphase des Wirtschaftszyklus gekommen.

Arbeitslosigkeit 1983–1987 in 1000 in den größten kapitalistischen Ländern

	1983	1984	1985	1986	1987
				1. Hj.	2. Hj.
USA	10717	8531	8312	8353	8165
Japan	3100	3250	3150	3250	3400
BRD	2258	2266	2304	2262	2190
Frankreich	2041	2305	2458	2481	2553
Großbrit.	2970	3056	3163	3190	3179
Italien	2278	2451	2527	2662	2658
Kanada	1448	1410	1328	1244	1228
Zusammen	24812	23269	23242	23442	23373

1 Saisonbedingte Angaben
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die Verteuerung der Lebenshaltungskosten bleibt weiter begrenzt; die auslaufende positive Wirkung des Erdölpreiserückgangs läßt aber den Index tendenziell wieder steigen. In den letzten Jahren kam der Preisverfall der Rohstoffe der Entwicklung der Lebenshaltungskosten in den entwickelten kapitalistischen Ländern zugute; dieser Rückgang hat jedoch eine verheerende Wirkung auf die Wirtschaftslage der Entwicklungsländer.

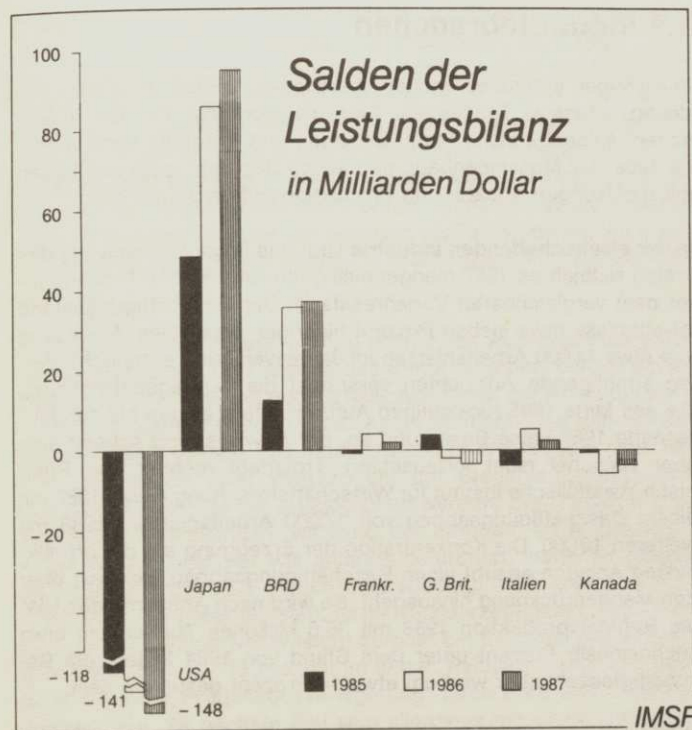
Veränderungen der Lebenshaltungskosten 1985–1987 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1985	Jahr	1986	4. Vj.	1. Vj.	1987	2. Vj.
USA	3,5	1,6	1,3	1,0	1,8	3,5	
Japan	2,0	0,6	0,3	-0,2	-0,9	0,2	
BRD	2,2	-0,2	-0,4	-1,1	-0,5	0,2	
Frankreich	6,0	2,7	2,1	2,1	3,2	3,5	
Großbrit.	6,3	3,3	2,3	3,3	3,5	4,0	
Italien	8,6	6,1	5,9	4,7	4,3	4,5	
Kanada	4,0	4,1	4,2	4,3	4,1	4,5	

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Zwischen 1980 und 1987 sind die Weltmarktnotierungen für Rohstoffe um drei Prozent jährlich zurückgegangen; die Erdölpreise sind im Durchschnitt um fünf Prozent gefallen, während die Exportpreise für Industriewaren um 2,5 Prozent jährlich gestiegen sind. Folglich haben sich die „terms of trade“ der Entwicklungsländer und der OPEC-Länder verschlechtert und die der entwickelten kapitalistischen Länder spürbar verbessert; nach Schätzungen der OECD haben sich die Austauschverhältnisse der entwickelten kapitalistischen Länder um 40 Prozent verbessert, während die „terms of trade“ der Entwicklungsländer heute auf den Stand der fünfziger Jahre zurückgefallen sind.

Das UNCTAD-Sekretariat (eine Einrichtung der Vereinten Nationen) beziffert den Einnahmeausfall der Entwicklungsländer, der dem Preisverfall der Rohstoffe geschuldet ist, für die Jahre 1981 bis 1986 auf 90 Milliarden Dollar.



IMSF

Auf der Ebene der internationalen Wirtschaftsbeziehungen hat sich 1987 innerhalb der sieben größten kapitalistischen Länder wenig verändert. Wie aus der Abbildung hervorgeht, ist der Leistungsbilanzfehlbetrag der USA weiter gestiegen und wird etwa 150 Milliarden Dollar betragen; die Überschüsse Japans und der Bundesrepublik werden noch zunehmen, während die Leistungsbilanzen der anderen vier Länder sich verschlechtern dürfen. Die OECD-Prognose für 1988 sieht eine bescheidene Verringerung des Defizits der Leistungsbilanz der USA auf etwa 130 Milliarden Dollar vor, so daß es nach drei Jahren starker Abwertung des Dollars immer noch höher als 1985 liegen wird. Ende 1988 werden demzufolge die Vereinigten Staaten eine Nettoauslandsverschuldung von 500 bis 600 Milliarden Dollar erreichen, d. h., die ausländischen Vermögensbestände in den USA übertreffen den Stand des US-Auslandsvermögens erheblich. Die größte kapitalistische Wirtschaftsmacht ist zu einem Nettoschuldnerland geworden.

1.2 Sozialprodukt

Die Konjunkturdynamik in der Bundesrepublik hat sich im Jahresverlauf stark abgeschwächt. Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum mußten nach unten korrigiert werden – inzwischen wird nur noch mit einem Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts (BSP) um etwa ein Prozent gerechnet.

Prognose für 1987

	„Frühjahrs-gutachten“	DIW	Ifo-Institut	Ergebnis im 1. Halbjahr 1987
Privater Verbrauch	+4,0	+2,5	+3,0	+2,5
Staatsverbrauch	+2,5	+2,5	+2,5	+2,5
Ausrüstungs-investitionen	+4,0	+2,0	+4,0	+3,5
Bauinvestitionen	+3,5	+2,0	+0,5	-1,5
Ausfuhr	-0,5	-2,5	-0,5	-0,5
BSP	+2,0	+1,0	+1,25	+1,5

1 Reale Veränderung in Prozent gegenüber 1986
(Quelle: DIW-Wochenbericht 16/87 u. 26/87, Wirtschaftskonjunktur, 7/87 S. A 14)

Bei einem Vergleich der Prognosen fällt – einmal mehr – auf, wie groß die Schätzunterschiede bei den einzelnen Größen sind, obwohl die zur Jahresmitte 1987 erstellten Vorausschätzungen sich doch schon auf Daten über die reale Entwicklung des ersten Halbjahres stützen können. Die entscheidende Rolle als Konjunkturstütze spielt noch immer der private Verbrauch. Im zweiten Halbjahr 1987 – davon gehen die Prognosen aus – wird es zu keiner Abschwächung in der Konsumdynamik kommen, obwohl die Kaufkraft der Masseneinkommen nur noch sehr langsam ansteigen soll: Eine deutliche Rückbildung der Sparquote soll die Nachfrage stützen.

Dies zeigt, daß selbst die doch recht düsteren Wachstumsprognosen mit erheblichen Risiken behaftet sind. Dies gilt auch für die Exporte: Hier wird von einer stabilen Entwicklung ausgegangen, d. h., die Möglichkeit eines deutlichen Rückgangs der Exporte wird ausgeschlossen.

Noch größer sind die Unsicherheiten in den Prognosen für 1988. Es wird auf eine leichte Wachstumskräftigung gehofft, rund zwei Prozent soll die reale Zuwachsrates des BSP betragen. Vorausgesetzt wird dabei eine nur leichte Abschwächung der expansiven Konsumausgaben und eine deutliche Kräftigung der Exporte. Beides sind derzeit Annahmen, die wenig begründet erscheinen. Die tariflichen Lohnerhöhungen für 1988, die in zwei bedeutenden Bereichen (Metall und Chemie) schon jetzt abgeschlossen wurden, sehen Einkommensverbesserungen von zwei bzw. zweieinhalb Prozent vor, liegen also deutlich unter den Ergebnissen des laufenden Jahres. Die Inflation beschleunigt sich wieder, die Beschäftigung wird bei den angenommenen Wachstumsraten nicht mehr ansteigen. Es ist daher wenig wahrscheinlich, daß der expansive Trend beim Konsum anhält. Für die Exportentwicklung wird die Rechnung der Prognosen nur aufgehen, wenn es weltweit wieder zu einer Wachstumsbelebung kommt.

1.3 Produktion

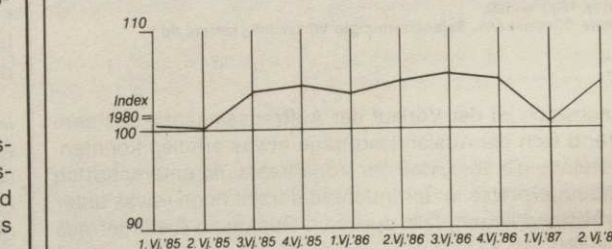
Die Erzeugung im produzierenden Gewerbe hat sich nach dem starken Einbruch im ersten Vierteljahr 1987 zwar wieder etwas erholt, der Stand von 1986 aber konnte nicht mehr erreicht werden.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe

1985				1986				1987	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
100,6	102,1	104,2	104,7	104,0	105,2	106,1	105,2	102,4	104,8

1 Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



IMSF

Das Niveau der entsprechenden Vorjahreszeit kann derzeit nicht mehr erreicht werden. Allgemein wird davon ausgegangen, daß der Höhepunkt der Industrieproduktion schon im vergangenen Jahr gelegen hat, daß 1987 ein leichter Rückgang um ein bis zwei Prozent erfolgen wird. Vergleicht man die Entwicklung über den gesamten Konjunkturzyklus hinweg, dann hat die Industrieproduktion (produzierendes Gewerbe) 1986 nur um knapp fünf Prozent über dem Höchststand vor der letzten Krise im Jahre 1980 gelegen. Der gesamte Zyklus hat also nur eine geringfügige Erweiterung der materiellen Produktion gebracht. Für die Industrie im engeren Sinne (verarbeitendes Gewerbe) beläuft sich der entsprechende Zuwachs auf gut sieben Prozent.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes

	Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni
Insgesamt	-6,2	+1,3	+6,2	-6,7	+4,8	-3,8
Grundstoffe und Produktionsgüter	-6,9	-0,7	+3,3	-4,9	+2,9	-2,8
Investitionsgüter	-5,8	+1,7	+9,3	-7,6	+5,2	-4,8
Verbrauchsgüter	-3,3	+3,2	+9,4	-5,8	+8,1	-2,0

1 1987 in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufige Ziffern
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd., S. 65)

Die Investitionen sind zu 65 Prozent verbunden mit der Einführung neuer Produktionsmethoden – ein absoluter Rekordwert. Ende der siebziger Jahre waren nur etwa zwanzig Prozent der industriellen Investitionen geplant in Verbindung mit solchen Verfahrensumstellungen.

Es muß aber festgehalten werden, daß das hohe Rationalisierungstempo nicht ausreicht, um das Niveau der Investitionen insgesamt nachhaltig zu steigern. Die Investitionsquote der Industrie, d. h. die Relation von Investitionen zum Umsatz, liegt derzeit nicht höher als in den Aufschwungsjahren 1976 bis 1979. Mit rund 4,5 Prozent übertrifft sie die Hauptkrisenjahre 1974 und 1975 nur wenig – damals waren 4,2 Prozent registriert worden.

Etwas stabilisiert hat sich im zweiten Vierteljahr 1987 die industrielle Kapazitätsauslastung. Allerdings ist sie niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Kapazitätsauslastung in der Industrie

Jahr	März	Juni	September	Dezember
1980	85,3	83,2	81,4	79,6
1981	79,2	78,8	79,0	78,9
1982	78,0	77,1	74,9	75,5
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	81,1	76,5 ²	82,3	82,6
1985	82,9	84,6	84,5	85,2
1986	84,3	84,7	85,1	84,6
1987	83,6	84,1		

1 In % der betrieblichen Vollausslastung
2 Verzerrung durch Arbeitskämpfe
(Quelle: Ifo-Schnelldienst)

Verbessert hat sich der Auslastungsgrad außerdem nur bei den Konsumgütern, hier ist im Juni 1987 mit 88,3 Prozent auch der Vorjahresstand leicht überschritten. Dagegen hat sich der Rückgang im Investitionsgüterbereich fortgesetzt, mit 83,3 Prozent liegt die Auslastung der Anlagen (gemessen an der betrieblich üblichen Vollausslastung) um gut zwei Prozent unter dem Vorjahresstand.

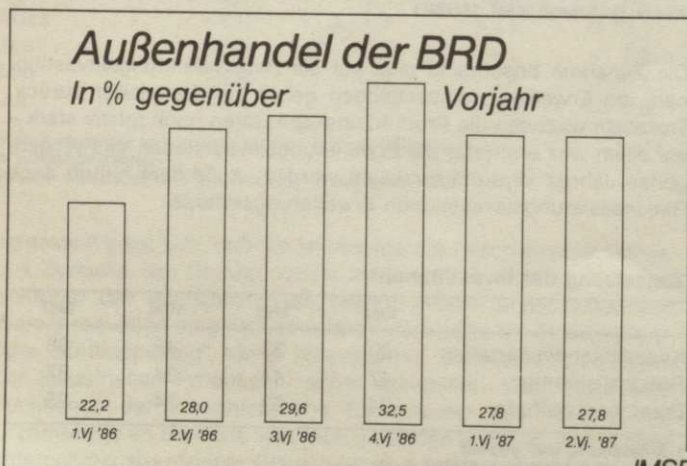
1.6 Außenwirtschaft

Im Außenhandel mit Waren erwirtschaftete die Bundesrepublik im ersten Halbjahr 1987 mit 55,5 Milliarden DM einen neuen Rekordüberschuß. Dies entspricht den besten Jahresergebnissen in den siebziger Jahren.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 86	130,3	-2,6	108,0	-10,1	+22,2	+62,0
2. Vj. 86	135,0	-2,7	107,0	-9,6	+28,0	+36,6
3. Vj. 86	126,1	-3,6	96,5	-14,8	+29,6	+69,1
4. Vj. 86	135,1	-2,5	102,6	-10,7	+32,5	+43,2
1. Vj. 87	127,3	-2,3	99,5	-7,7	+27,8	+11,4
2. Vj. 87	129,3	-4,2	101,6	-5,0	+27,8	-0,7

1 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)



Für den Anstieg sind jedoch allein Preisveränderungen maßgeblich. Im ersten Halbjahr 1987 waren die Exporte nominal drei Prozent niedriger als im Vorjahr, real stagnierten sie. Die Importe gingen nominal stärker zurück als die Exporte, um mehr als sechs Prozent. Da die Importpreise aber um zehn Prozent gesunken sind, errechnet sich ein realer Importanstieg um etwa vier Prozent. Besonders stark rückläufig sind die Exporte nach Nordamerika, in die sozialistischen Länder und in die OPEC-Länder. Stabil sind sie dagegen im EG-Raum geblieben, der mit mehr als 50 Prozent nach wie vor der für die Bundesrepublik entscheidende Absatzmarkt ist.

Die Exportaussichten sind in realer Hinsicht auch für die Zukunft gedämpft. Die Kaufkraft der OPEC-Länder und der Entwicklungsländer schrumpft weiter unter dem gemeinsamen Druck der immer noch wachsenden Verschuldungsprobleme und der niedrigen Rohstoffpreise. Für den USA-Handel wirkt der niedrige Dollarkurs bremsend. Die Exporte in den EG-Raum leiden unter der schlechten Wirtschaftslage der meisten Handelspartner, wobei insbesondere die wachsenden Schwierigkeiten Frankreichs ausschlaggebend sein dürften: Frankreich ist der wichtigste Abnehmer bundesdeutscher Waren, derzeit gehen etwa 12 Prozent der Exporte dorthin. Frankreich hat nun mit einem rapide anwachsenden Defizit im Außenhandel zu kämpfen, eine markante Konjunkturverlangsamung brems zusätzlich die Einfuhrnachfrage.

Der Welthandel wird nach Schätzungen des Gatt-Sekretariats 1987 nach einem realen Zuwachs um dreieinhalb Prozent 1986 nur noch um zweieinhalb Prozent expandieren. Das Wachstum verlangsamt sich insbesondere im EG-Raum. Zudem ist die kapitalistische Weltkonjunktur geprägt durch nachlassende Investitionen, während der private Verbrauch eher konjunkturstabilisierend wirkt. Angesichts der auf Investitionsgüter spezialisierten Exportstruktur der BRD sind dies eher ungünstige Perspektiven für den westdeutschen Außenhandel. Eine erneute Belebung der Exporte, wie sie verschiedentlich erhofft wird, ist daher eher unwahrscheinlich. Außerdem drückt das oben geschilderte gewaltige Ungleichgewicht in den Handelsbilanzen der kapitalistischen Länder auf die Welthandelsentwicklung.

2 Unternehmerngewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerngewinne

Nach einer Übersicht des „Handelsblatts“ vom 23. 7. wiesen die zwölf profitabelsten Konzerne der BRD für 1986 11,2 Milliarden DM Gewinne nach Steuern aus (Vorjahr: 10,5 Mrd.). Das entspricht dem diesjährigen Haushaltsvolumen der Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft sowie Forschung und Technologie zusammen. Das Spitzenmonopol Daimler-Benz brachte es allein auf 1767 Millionen. Dabei ist immer zu berücksichtigen, daß diese Summen nur die ausgewiesenen Beträge sind. Die tatsächlichen Profite liegen weit darüber. Daimler-Benz hat im letzten Jahr für 5,6 Mrd. DM investiert (Sachanlagenanteil 32 Prozent); die im gleichen Zeitraum erwirtschafteten Mittel (Jahresüberschuß + Abschreibungen + Zuführung zu Pensionsrückstellungen – Dividende) betragen 7,2

Die zehn größten Industriekonzerne der Bundesrepublik 1985/86

Rang		Name	Umsatz (Mrd.)		Jahresüberschuß (Mrd.)		Be- legsch. (Tsd.)
86	85		86	85	86	85	86
1	3	Daimler-Benz	65,5	52,4	1,77	1,68	320
2	2	Volkswagenwerk	52,8	52,5	0,58	0,60	282
3	1	Siemens (30. 9.)	47,0	54,6	1,45	1,53	363
4	5	BASF	43,1	47,7	0,91	1,00	132
5	6	Bayer	40,8	45,9	1,49	1,44	173
6	4	Veba	40,1	48,6	1,06	0,79	70
7	7	Hoechst	38,0	42,7	1,40	1,47	181
8	8	Thyssen (30. 9.)	32,0	34,8	0,37	0,47	127
9	11	Tengelmann (30. 6.)	29,7	27,0	—	—	110
10	9	RWE (30. 6.)	28,8	28,4	0,58	0,60	70

(Quelle: Handelsblatt vom 23. 7. 1987)

Mrd. DM. Und obwohl der Konzern für den Kauf der AEG rund eine Milliarde bar auf den Tisch legen mußte, stiegen die flüssigen Mittel um 3,1 auf 14,7 Mrd. DM (alle Angaben nach dem Geschäftsbericht).

Bei einigen Konzernen (Siemens, Hoechst, BASF u. a.) gab es einen Rückgang der (ausgewiesenen) Profite und der Umsätze. Auch der Gesamtumsatz der hundert größten Industrieunternehmen schrumpfte um 5,5 Prozent. Zur Katastrophenstimmung besteht jedoch kein Anlaß. Die Entwicklung ist nicht auf eine prinzipiell schlechtere Geschäftsentwicklung zurückzuführen: „Die wesentliche Erklärung dürfte in dem nun erreichten Wechselkursverhältnis der Mark zum Dollar liegen, das zu einem drastischen Verfall der Wechselkursverluste in deutscher Währung führte“ (Handelsblatt, ebenda). Die Voraussetzungen für weitere Expansion auf den Weltmärkten bleiben erhalten. Die genannte Übersicht erfaßt nur die Industriekonzerne. Auch in anderen Wirtschaftsbereichen bietet sich ein positives Bild. Über die Spitzenenergieergebnisse der Banken wurde schon berichtet (INFORMATIONEN 2/87, S. 7). 1987 zeichnet sich – erstmals seit 1979 – eine „Pause“ im Gewinnboom ab: Die Bankengewinne stabilisieren sich auf dem erreichten, extrem hohen Niveau. Bei den Versicherungen konnte die Allianz – Spitzenreiterin der Branche in allen Sparten und siebtgrößter Versicherungskonzern der Welt – im Juli einen glänzenden Geschäftsbericht vorlegen. Der Jahresüberschuß der Holding-Gesellschaft stieg von 0,7 auf 1,6 Mrd. DM, das Prämienaufkommen lag bei 25 Milliarden. Dabei repräsentiert der Konzernbericht nur etwa die Hälfte des Geschäfts, denn die Allianz-Leben und die italienische Tochter RAS sind nicht konsolidiert.

Schon seit Jahren wird bei den Großversicherungen ein Trend zum umfassenden Finanzmonopol beobachtet; Stichwort: „Allfinanz-Unternehmen“. Die Allianz bietet ein gutes Beispiel dafür. Das eigentliche Versicherungsgeschäft brachte 1986 nur etwa ein Drittel der Einnahmen; der Rest stammt aus dem „allgemeinen Geschäft“. Die Kapitalanlagen des Konzerns betragen rund 65 Mrd. DM. 35 Prozent des Umsatzes stammen aus dem Ausland. Eine Fortsetzung dieser Expansionspolitik wurde ausdrücklich angekündigt (alle Angaben nach Handelsblatt vom 23. 7. 87).

Bei den Großbanken ist die Entwicklung zum Allfinanz-Unternehmen in umgekehrter Richtung ebenso zu beobachten. So ist die Deutsche Bank kürzlich in den Bausparsektor vorgestoßen.

Firmen, die reichlich Profite kassieren, lassen auch ihre Eigentümer und Manager nicht zu kurz kommen. Gemäß dem Motto „Leistung muß sich lohnen“ sind Stundenlöhne von 500 Mark in den entsprechenden Positionen nichts Außergewöhnliches. Die Hierarchie wird dabei eingehalten: Je mächtiger eine Aktiengesellschaft, desto mehr „verdienen“ die Chefs. Mißerfolge in der Geschäftsführung spielen in den seltensten Fällen eine Rolle. Die Führer der Deutschen Bank kassierten 1986 im Durchschnitt je 1,44 Millionen (der Vorsitzende das Doppelte). Bei der Dresdner Bank gab es „nur“ 900 000 und bei der Commerzbank 841 000 DM. Die Industriemanager ließen sich nicht minder bedienen. Beim VW-Konzern gab es zwar eine halbe Milliarde Schiebung- und Spekulationsverluste, aber 1,15 Mio. DM pro Vorstandsmitglied und Jahr. Bei Thyssen wurde der neuerliche Arbeitsplatzabbau mit 1,1 Mio. pro (goldene) Nase vergütet (alle Angaben nach „Capital“, Juni 1987).

Aber Geld ist bekanntlich nicht alles. Deshalb bekommen die Vorstandsmitglieder auch noch eine Dienstvilla mit Hauspersonal, einen Dienstwagen samt Chauffeur und diverse andere nichtmonetäre Leistungen kostenlos gestellt. Hinzu kommen die Bezüge für Aufsichtsratsmandate in anderen Konzernen. Vor allem die Bankmanager sichern sich so ein schönes Zubrot. Die Zeitschrift „Capital“ errechnete für den ehemaligen Deutsche-Bank-Chef Christians 409 000 zusätzliche D-Mark aus solchen Quellen. Er hätte dann ein Jahreseinkommen von rund 3 Millionen (250 000 DM pro Monat oder 1500 DM pro Stunde) gehabt. Wieviel er davon wohl versteuert hat?

Daß auch das mittlere Kapital seine „Charaktermasken“ (Marx) auf ihre Kosten kommen läßt, zeigt das Beispiel der Eigentümer der Modelfirma „Boss“: Uwe und Jochen Holy zogen jeweils 1,65 Millionen aus ihrer Firma. Capital: „Da die Geschäfte so gut liefen, genehmigten sich die Brüder auf ihre eigenen Stammaktien eine Divi-

dende von 18 Mark. Das ergibt nochmals 2,75 Millionen auf die privaten Holy-Konten.“

Wieviel ein Konzern akkumulieren kann, hängt nicht nur von seinen Einnahmen ab. Genauso wichtig sind die Aufwendungen. Hier findet die staatliche Wirtschaftsförderungspolitik ein umfangreiches Betätigungsfeld. Die Konzerne können u. a. deshalb soviel akkumulieren, weil sie nur einen Bruchteil an den Fiskus abführen müssen. Entgegen den Behauptungen von Kapitaleseite liegt die tatsächliche Steuerlast der Unternehmen weit unter 50 Prozent, weil große Teile des Profits nicht versteuert zu werden brauchen, und weil zahllose Möglichkeiten zur legalen Reduzierung der Steuerlast bestehen (von halb- und illegalen, gleichwohl üblichen Praktiken abgesehen). Die geplante Senkung des Körperschaftsteuersatzes wird diesen Trend fortsetzen (siehe ausführlich hierzu in INFORMATIONEN 2/87, S. 9f.).

Zur staatlichen Finanzpolitik gehören auch direkte Geldgeschenke an Unternehmen. Dazu braucht es nicht immer erst einige Millionen für diverse Politiker und Parteien wie im Fall Flick. Unter Umständen reicht es auch, eine Person wie F. J. Strauß als Aufsichtsratsvorsitzenden zu halten, wie bei der „Airbus AG“. Die an diesem Projekt beteiligten Firmen MBB und Dornier (und damit auch Daimler-Benz) durften im Juni wieder einmal kassieren. Die beschlossenen Maßnahmen umfaßten zwei Punkte. Erstens wurden früher vom Bund geleistete Bürgschaften über 1,9 Mrd. in Zuschüsse verwandelt, die irgendwann einmal (also nie) zurückgezahlt werden sollen. Zweitens wurden für die Entwicklung einer Langstreckenversion des Airbus 3 Mrd. Zuschüsse bis 1996 bewilligt. Theoretisch müssen die Gelder zwar zurückgezahlt werden, wenn der Airbus Profite erwirtschaftet. Man darf jedoch davon ausgehen, daß den Firmen genügend Tricks einfallen werden, um diese Situation nie eintreten zu lassen.

2.2 Konzentration

Als das Bundeskartellamt am 25. Juni seinen Tätigkeitsbericht 1985/86 veröffentlichte, war bereits bekannt, daß das letzte Jahr erneut einen Rekord bei der Zahl der Firmenzusammenschlüsse gebracht hatte. In 802 Fällen (1985: 709) hatte ein Unternehmen ein anderes gekauft. 52mal wurden 1985/86 Firmen mit einem Umsatz von mehr als 2 Milliarden übernommen.

Unternehmenszusammenschlüsse 1985/86 nach dem Umsatz des gekauften Unternehmens

Umsatz (Mio. DM)	Zahl der Fusionen
unter 4	561
4 bis 50	537
50 bis 2000	361
über 2000	52

(Quelle: Bericht des Bundeskartellamts für 1985/86, BT-Drucksache 11/554, Bonn 25. 6. 87, S. 6)

Die spektakulärsten Großfusionen waren der Erwerb der sanierten AEG durch Daimler-Benz 1986 und der Verkauf der Triumph/Adler AG von VW an Olivetti 1985. In beiden Fällen wurde die Transaktion nicht verboten, weil das Kartellamt eine Marktherrschaft durch den neu entstandenen Komplex nicht für erwiesen hielt. Das mag auch zutreffen, wenn man zur Beurteilung jeweils nur die reine Stellung als Anbieter bzw. Nachfrager auf einzelnen Märkten heranzieht (neben AEG/Daimler-Benz konkurrieren dann u. a. noch Siemens und Bosch). Spätestens seit dem Flick-Skandal muß jedoch klar sein, daß ein Komplex wie Daimler-Benz unter Einschluß der AEG (und der kurz vorher geschluckten Rüstungsfirmen Dornier und MTU) auch noch ganz andere Möglichkeiten besitzt, um die interessierenden Märkte zu beherrschen und Rahmenbedingungen zu setzen bzw. setzen zu lassen.

Charakteristisch für den jüngsten Kartellbericht ist die Feststellung der eigenen Handlungsunfähigkeit seitens der Behörde in mehreren Fällen. Der Grund liegt darin, daß es nicht wenige Firmen verstanden, die juristisch und gesetzlich festgelegten Grenzen zu umgehen (Unternehmensbeherrschung wird erst von einem Anteilsbesitz ab 25 Prozent unterstellt). „In einer Reihe weiterer Fälle mußte das Bundeskartellamt (im folgenden: BKA; d. Verf.) trotz er-

heblicher wettbewerblicher Bedenken das Kontrollverfahren einstellen, nachdem die Unternehmen ihre Vorhaben so modifiziert hatten, daß sich ein kontrollpflichtiger Zusammenschluß nicht mehr nachweisen ließ" (S. 15).

Beispielsweise hatte die Kaufhof AG die Phono-Handelskette Saturn ursprünglich allein übernehmen wollen. Nach Stirnrunzeln des BKA kaufte der Kaufhof zusammen mit fünf Versicherungen jeweils weniger als 25 Prozent, so daß der Behörde die Hände gebunden waren. „Die Tatsache, daß Kaufhof inzwischen eigene Saturn-Häuser in anderen Großstädten eröffnet hat, läßt vermuten, daß die wettbewerblich problematischen Wirkungen einer Verbindung Kaufhof/Saturn auch ohne förmlichen Zusammenschluß eingetreten sind" (ebenda).

Als besonders konzentrationsträchtig gilt seit etlichen Jahren der Einzelhandel. Das BKA hatte hier versucht, mit einer extensiven Auslegung seines juristischen und politischen Rahmens gegenzusteuern. Durch zwei juristische Niederlagen (Coop/Wandmaker und Kaufhof/Metro) wurde es jedoch in die Schranken gewiesen. Als „Enfants terribles" der Branche hatten sich 1985/86 die Massa AG, Alzey, und die Asko-Gruppe, Saarbrücken, gebärdet. Massa hatte von den Lieferanten punktuelle Superrabatte erpreßt und dann versucht, diese zur Rechtfertigung für (verbotene) Verkäufe unter den üblichen Einkaufspreisen zu benutzen. Asko-Chef Wagner hatte nach der Fusion mit der Schaper-Gruppe die wichtigsten Lieferanten zum Rapport bestellt und rückwirkende Preisnachlässe sowie einen generellen „Glückwunschbonus" ohne jede Gegenleistung seinerseits verlangt. Als die Sache bekannt wurde, machte er (zumindest nach außen hin) einen Rückzieher.

Pikant ist nun der Umstand, daß ausgerechnet Asko und Massa fusionieren wollen. Zunächst hatte der Saarbrücker Konzern nur einen Anteil von 24,9 Prozent erworben, um unter den 25 Prozent zu bleiben. Wenige Tage später wurde dann bekanntgegeben, daß Asko-Boß Wagner auch Vorstandsvorsitzender der Massa AG werden soll. Damit würde die 25-Prozent-Marke völlig ad absurdum geführt. Es wird denn auch ein Fusionskontrollverfahren seitens des BKA erwartet. Aber „die beiden beteiligten Handelshäuser müssen ... mittlerweile die Sicherheit gewonnen haben, daß sie die Fusionskontrolle durch das BKA ungeschoren überstehen ... Vielleicht verläßt man sich bei solchen Spekulationen auf die Rechtsprechung zum GWB" (Handelsblatt vom 3. 8. 87).

Mit der Fusion Asko/Massa wird im Einzelhandel ein neues Datum gesetzt. Die „Allgemeine Saar Konsum Organisation" fing 1969 mit 200 Mio. Umsatz an. Bis 1985 war die Zahl auf 1,67 Mrd. gestiegen. 1985 wurde die Deutsche SB Kauf AG & Co. oHG übernommen. Der Umsatz stieg auf 3,8 Mrd. 1986 kam die Schaper-Gruppe unter Asko-Kontrolle. Der Umsatz 1987 wird deshalb auf über 8 Mrd. steigen. Die Massa AG mit 3 Mrd. Umsatz 1986 paßt in diesen Komplex.

Es wird interessant sein zu beobachten, wie die staatlichen Instanzen hierauf reagieren. Immerhin wird die Kapitalkonzentration im Handel verbal durchaus als Problem benannt. Im April 1985 hatte die Monopolkommission in einem Sondergutachten grundlegende Wandlungen der Wettbewerbsverhältnisse im Lebensmitteleinzelhandel festgestellt. Die 50 Größten hätten 1986 ein Umsatzplus von 4,8 Mrd. (3,93 Prozent) erreicht und damit deutlich über dem Branchendurchschnitt (3,6 Mrd. bzw. 2,3 Prozent Zuwachs) gelegen. Einzelne Großunternehmen seien noch rascher gewachsen (Handelsblatt vom 27. 7. 87).

Zum selben Thema fand im Herbst 1985 ein Hearing der „betroffenen Verbände und Organisationen der Wirtschaft" im BMWI statt, in dessen Folge im Dezember ein Bericht veröffentlicht wurde. Ein Jahr später – am 6. 12. 86 – befaßte sich der Wissenschaftliche Beirat beim BMWI in einem Gutachten mit dem Thema. Ergebnis jeweils: Die Entwicklung sei problematisch, „Handlungsbedarf" bestehe jedoch nicht.

Eine Untersuchung des Statistischen Bundesamts für den Zeitraum 1980 bis 1984 ergab, daß im Einzelhandel insgesamt der Umsatzanteil der tausend größten Unternehmen gleichgeblieben, im Lebensmitteleinzelhandel jedoch deutlich gestiegen ist. Die vier größten Unternehmen (Aldi, Leibbrand, Tengelmann, coop) haben

verstärkt zugelegt und erreichen inzwischen ein Viertel des Branchenumsatzes (Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht des BKA, Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 31, 8. 7. 87, S. 14.). Und nach Angaben von Prof. W. Harms, Westberlin, sind seit dem Sommer 1986 in der BRD 20 Milliarden Umsatz durch Fusionen umverteilt worden, davon elf Milliarden im Handel (Frankfurter Rundschau, 20. 8. 87).

Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	80/87
Gesch. in Tsd.	93,8	89,5	85,9	82,0	79,0	76,2	74,0	71,5	22,3
(Veränderung in v. H.)	-5	-5	-4	-5	-4	-4	-3	-3	-23,8
Umsatz in Mrd. DM	100,6	107,6	112,9	116,3	121,1	125,3	129,1	132,3	+31,4
(Veränderung in v. H.)	+7	+7	+5	+3	+4	+4	+3	+2	+31,6

(Quelle: GfK Nürnberg, zit. m. Handelsblatt)

Vor diesem Hintergrund wurde der Asko/Massa-Coup auch von strategischen Denkern im Unternehmerlager mit Unbehagen zur Kenntnis genommen. Hans Mundorf, Chefredakteur des „Handelsblatts" schrieb von einer „Provokation für die Berliner Behörde" (das BKA; d. Verf.), die „den Gesetzgeber ... in einem für die Wirtschaft schädlichen Sinne reagieren" lassen könne (3. 8. 87).

Was dem Asko-Chef Wagner vielfach nicht gegönnt wurde, darf die Deutsche Bank allemal. Die Monopolkommission hatte in ihrem schon erwähnten Gutachten erneut den Einfluß der Großbanken bemängelt und eine Beschränkung des Anteilerwerbs auf fünf Prozent vorgeschlagen (was auch kaum etwas nützen würde). Dies war von der Bundesregierung abgelehnt worden. Im Juli demonstrierte die Deutsche Bank dann, wie sie ihre Rolle in der BRD-Volkswirtschaft versteht.

Als vor einigen Jahren ein neuer Chef für Daimler-Benz gebraucht wurde, bestimmte die Bank über ihren Sprecher W. Guth, wen das Los traf: Gegen den Widerstand der Belegschaftsvertreter wurde W. Breitschwerdt durchgesetzt. Der erwies sich als seiner Rolle nicht gewachsen. Nach jahrelangen Querelen im Vorstand von DB sprach nun Guths Nachfolger A. Herrhausen ein Machtwort: Breitschwerdt geht freiwillig (kurz vorher hatte er noch eine neue Amtsperiode beansprucht), und E. Reuter wird sein Nachfolger.

Bemerkenswert an dem Vorgang ist, daß der Führungswechsel nicht von der Hauptversammlung diskutiert und beschlossen wurde. Auch der Aufsichtsrat durfte den Sachverhalt erst im nachhinein auf einer außerordentlichen Sitzung bestätigen. Die Ablösung Breitschwerdts durch Reuter war in der Zentrale der Deutschen Bank beschlossen worden.

Nun ist Daimler-Benz keine Klitsche, sondern das mit Abstand größte Industriemonopol der BRD. Sein Chef ist einer der mächtigsten Männer der Republik. Daß über die Besetzung dieser Position die Deutsche Bank in der geschilderten Weise befinden kann, zeigt plastischer als jede Analyse, wer in diesem Staat die Macht hat und was „Marktwirtschaft" in der Realität bedeutet. Die Deutsche Bank ist kein Großaktionär bei Daimler-Benz. Die Monopolbanken wirken über ihre Kreditbeziehungen, über die Beherrschung der Börse und gestützt auf Depotstimmen in den Hauptversammlungen als Clearingstellen und strategische Zentralen des Monopolkapitals.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Mit tariflichen Einkommensverbesserungen von 3,4 Prozent im Durchschnitt brachten die Lohnrunden des ersten Halbjahres Ergebnisse, die nur wenig unter Vorjahresniveau lagen.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

	1986				1987	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
	+2,9	+3,7	+3,7	+3,7	+3,7	+3,4

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Das monatliche Durchschnittseinkommen (brutto) war im ersten Quartal sogar nur um 2,3 Prozent höher als im Vorjahr. Dies hängt u. a. mit Witterungseinflüssen zusammen, die vor allem im Baugeerbe die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um elf Prozent (im Vergleich zum Vorjahr) gedrückt haben.

Monatliche Bruttoeinkommen im 1. Quartal 1987

	In DM	In % gegenüber dem Vorjahr
Männer	3277,-	+2,4
Frauen	2289,-	+2,5
Insgesamt	2903,-	+2,3

¹ In Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 30/1987)

Nach wie vor verdienen Frauen durchschnittlich ein Drittel weniger als Männer, was nur zum Teil mit der bei den Frauen verbreiteten Teilzeitarbeit zusammenhängt.

Hatte das vergangene Jahr – erstmals seit 1979 – einen kräftigen Zuwachs der Kaufkraft der Löhne und Gehälter gebracht, so hat sich die Entwicklung schon im ersten Halbjahr 1987 wieder stark verlangsamt.

Reallohnentwicklung¹

	1986 1. Hj.	2. Hj.	1987 1. Hj. ²	2. Hj. ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+5,0	+5,0	+4,0	+3,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+5,2	+5,4	+2,5	+2,5
Je Beschäftigten	+4,1	+4,2	+1,7	+2,1
Inflationsrate	+0,3	-0,7	-0,2	+1,0
Realeinkommen in Beschäftigten	+3,8	+4,9	+1,9	+1,1

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
² Schätzung des Ifo-Instituts (Wirtschaftskonjunktur 7/87, S. A. 14)

Angesichts dieser deutlichen Verlangsamung der Einkommensentwicklung ist es nicht wahrscheinlich, daß der private Verbrauch sich ähnlich dynamisch entwickelt wie im Vorjahr.

Anzumerken ist zudem, daß trotz der Reallohnverbesserungen von 1986 und 1987 das Einkommensniveau von 1979 immer noch nicht ganz erreicht ist.

Nettoealverdienste der abhängig Beschäftigten in DM¹

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	21155	21096	20751	20267	20117	19978	19838	20711	21012

¹ Zu festen Preisen von 1980, durchschnittliche Jahreseinkommen

Während die Kaufkraft der Nettoeinkommen 1987 noch etwas niedriger ist als 1979, ist die Arbeitsproduktivität im gleichen Zeitraum um mehr als ein Fünftel angestiegen. Die Produktivitätsgewinne kamen also ausschließlich den Unternehmergewinnen zugute.

3.2 Preise

Die Preisentwicklung stand und steht bis jetzt noch unter dem Einfluß der niedrigen Importpreise, vor allem für Energierohstoffe. Da

Lebenshaltung 1987¹

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat		Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	
Januar	+0,4	-0,8		
Februar	+0,1	-0,5		
März	0,0	-0,2		
April	+0,2	+0,1		
Mai	+0,1	+0,2		
Juni	+0,2	+0,2		
Juli	0,0	+0,7		

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1980
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

der Tiefpunkt der Energiepreise im Frühjahr letzten Jahres gelegen hatte, steigen nun die „Inflationsraten" im Jahresvergleich wieder deutlich an. In der Statistik wird dies als „Basiseffekt" bezeichnet. Der Preisanstieg wird dadurch etwas überzeichnet, ähnlich wie der Preisrückgang überzeichnet gewesen ist.

Trotzdem ist festzustellen, daß in den kapitalistischen Ländern die Periode relativer Preisstabilität vorbei ist. Überall steigen die Inflationsraten wieder an. Immerhin liegen derzeit die Importpreise für die Bundesrepublik noch unter dem Vorjahresstand, vor allem eine Folge des niedrigen Dollarkurses. Dies wird sich aber bald ändern.

Ausgewählte Preise 1987¹

	Industriepreise	Landwirtschaftl. Erzeugerpreise	Importpreise	Großhandelspreise
Januar	-4,4	-8,1	-17,8	-8,6
Februar	-4,2	-7,1	-15,6	-6,9
März	-3,9	-4,7	-12,1	-6,0
April	-3,6	-3,3	-9,8	-5,6
Mai	-2,9	-3,6	-7,7	-4,7
Juni	-2,7	-5,3	-4,9	-3,8
Juli	-1,8			

¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Erst die Verbraucherpreise haben wieder ein Plus vor der Veränderungsrate im Jahresvergleich, die Einstands- und Kostenpreise der Unternehmen sind immer noch niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Die Rohstoffpreise sind international wieder etwas angestiegen, vor allem das Rohöl ist – verglichen mit dem Tiefpunkt vom März 1986 – wieder teurer geworden. Der Preis schwankt derzeit um 20 Dollar je Barrel Rohöl (= 159 Liter). Den OPEC-Ländern ist es aber bislang nicht gelungen – trotz Unruhe im Golf – das Niveau dauerhaft über diese Marke anzuheben.

Weltrohstoffpreise

	VWD-Index ¹	ohne Energie	mit Energie
1973	—	90	52
1975	—	100	100
1980	164	157	226
1985	188	112	197
1986	137	116	143
1987			
Januar	114	114	145
Juli	130	122	149

¹ Index 1972 = 100, auf DM-Basis, erst ab Herbst 1978 berechnet
² Index 1975 = 100, auf Dollar-Basis
(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 16. 4. 1987)

Derzeit sind Rohstoffe (einschließlich Erdöl) um rund 14 Prozent teurer als in der gleichen Vorjahreszeit, allerdings mehr als ein Drittel billiger als 1980. Für die Bundesrepublik aber schlägt die bescheidene Stabilisierung der Rohstoffpreise trotzdem nicht zu Buche. Der Dollarkurs liegt derzeit mit rund 1,85 DM je Dollar immer noch um zwanzig Pfennig unter dem Stand von August 1986.

3.3 Steuerreform

In den Jahren 1986 und 1988 finden die beiden ersten Stufen der bis 1990 geplanten „großen" Steuerreform statt. Diese soll endlich die Einlösung des Versprechens der konservativen Bundesregierung bringen, welche ja schon 1982 eine nachhaltige Steuerentlastung in Aussicht gestellt hatte. In der Steuerpolitik geschieht aber tatsächlich ziemlich genau das Gegenteil von dem, was die Regierung angekündigt hat.

Eine gesamtwirtschaftliche Steuerentlastung müßte sich in einem Rückgang der „Steuerquote" niederschlagen. Diese Quote gibt an, wieviel Prozent des Sozialprodukts über Steuern umverteilt werden.

Steuerquote¹

	1965	1970	1980	1982	1983	1984	1985	1986	1987 ²	1988 ²	1990 ²	1992 ²
	23,0	22,8	24,6	23,7	23,7	23,6	23,8	23,2	23,2	22,9	21,4	21,2

1 Steuern in Prozent des Brutto sozialprodukts
2 Schätzung des Ifo-Instituts, ohne geplante Steuererhöhungen
(Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1987; Ifo-Schnelldienst, 23/1987)

Es zeigt sich, daß die gesamtwirtschaftliche Steuerquote langfristig kaum Veränderungen unterlegen ist, sieht man von konjunkturellen Schwankungen ab. Bis 1989 wird sie bei einem Wert leicht über 23 Prozent verharren – vorausgesetzt, es kommt weder zu einer Wachstumsabschwächung noch zu einer Krise. Erst die dritte Reformstufe von 1990 soll eine merkliche Senkung der Quote bringen – daraus eine ungewisse Hoffnung, da das Ifo-Institut zwar die voraussichtlichen Entlastungswirkungen der Reform einberechnet, wegen der Schweigsamkeit der Bundesregierung aber die geplanten Steuererhöhungen (Verbrauchssteuern, Mehrwertsteuer, Streichung der Arbeitnehmerfreibeträge usw.) im Umfang von 19 Milliarden nicht berücksichtigt. Tut man das summarisch, so errechnet sich für 1990 eine Quote von immerhin 21,8 Prozent.

Entscheidender als die gesamtwirtschaftliche Steuerquote aber ist die Be- und Entlastungsstruktur. Und hier zeigt sich, daß bei allen Beschwörungen eines „leistungsfreundlichen“ Steuersystems der Trend zum Belastungsanstieg der Löhne und Gehälter anhält, nur kurzzeitig unterbrochen wird – während die Belastung der Gewinne und Selbständigeneinkommen absolut weiter sinkt.

Durchschnittsbelastung der Bruttolöhne und -gehälter¹

	Lohnsteuer ²	Sozialabgaben	Abgaben insgesamt
1970	12,3	10,7	23,0
1980	16,8	13,2	30,0
1985	17,9	14,7	33,8
1986	17,6	14,8	33,6
1987	18,3	14,9	34,4
1988	18,0	15,0	34,2
1989	18,6	15,1	34,8
1990	16,7	15,2	32,9
1991	17,0	15,3	33,4

1 In Prozent der Bruttolöhne und -gehälter
2 Einschließlich Kirchensteuer und Sonderabgaben
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 16–17/1987, S. 26)

1989 erreicht die Durchschnittsbelastung der Löhne und Gehälter mit Steuern und Sozialabgaben einen Spitzenwert von fast 35 Prozent. Die dritte Reformstufe 1990 wird zwar eine deutliche Senkung der Steuerbelastung mit sich bringen, aber schon im folgenden Jahr steigt die Quote wieder an. Das Ifo-Institut faßt zusammen: „Unter diesen Bedingungen müssen sich die Arbeitnehmer auf lange Sicht darauf einstellen, daß Fiskus, Sozialversicherung und Kirchen immer mehr als die Hälfte von der zusätzlich verdienten Mark kassieren werden“ (Ifo-Schnelldienst, 16–17/1987, S. 27).

Bei näherer Betrachtung konzentriert sich die Entlastung zudem auf die hohen Einkommen und auf die Spitzenverdiener. Vom gesamten für 1990 geplanten Entlastungsvolumen in Höhe von etwa 44 Milliarden DM kommen mehr als 60 Prozent (26 Milliarden) Steuerzahlern zugute, die mehr als 50 000 DM im Jahr versteuern, mit ihren Bruttojahreseinkommen also deutlich über 60 000 DM liegen. Dies ist nur ein Viertel der Steuerzahler. Spitzenverdiener mit mehr als 100 000 DM zu versteuerndem Jahreseinkommen erhalten rund zwanzig Prozent der Entlastungssumme – dies sind aber nur drei Prozent der Steuerzahler.

Entlastungsvolumen nach Einkommenshöhe 1990 gegenüber 1987

Jahreseinkommen ¹ (DM)	Lohn-/Einkommensteuer 1987 (DM)	Steuerersparnis (DM)	Steuerersparnis in Prozent Steuerschuld	in Prozent Einkommen
10 000	1 202	345	28,7	3,5
20 000	3 426	456	13,3	2,3
30 000	6 374	988	15,5	3,3
40 000	10 159	2 054	20,2	5,1
50 000	14 531	3 403	23,4	6,8
100 000	39 945	9 147	22,9	9,1
150 000	67 559	10 876	16,1	7,3

1 Steuerpflichtiges Einkommen
2 1988 und 1990 zusammen
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 16–7/1987, S. 36 ff; eigene Berechnungen)

Berücksichtigt man nun noch, daß die bislang ja noch nicht veröffentlichten Steuererhöhungen, die einen Teil – 19 Milliarden – der Entlastungssumme finanzieren sollen, vor allem Verbrauchssteuern betreffen, so wird die unsoziale Schlagseite dieser Reform noch deutlicher.

Steuereinnahmen 1987 bis 1991

	1986		1991		Zuwachs in
	Mrd. DM	in % ²	Mrd. DM	in % ²	
Steuern					
insgesamt	452,4	100	514,1	100	+ 13,6
darunter:					
Lohnsteuer	152,2	33,6	178,4	34,7	+ 17,5
Gewinnsteuern ¹	114,5	25,2	119,7	23,3	+ 7,5
Umsatz-/Verbrauchssteuern ²	156,6	34,6	184,4	35,9	+ 17,8

1 Veranlagte Einkommensteuer, Steuer vom Ertrag, Körperschaftsteuer, Vermögensteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer
2 Umsatzsteuern, Tabak-, Branntwein-, Mineralöl- und Biersteuer ohne Steuererhöhungen 1990
3 Anteil am Gesamtsteueraufkommen
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 23/1987, S. 29)

Selbst wenn man die geplanten Steuererhöhungen ausklammert, erhöht sich der Finanzierungsanteil der Massensteuern weiter. Die Steuern auf Gewinne und Selbständigeneinkommen im weiteren Sinne verlieren noch an Gewicht. Die Gewinnsteuern im engeren Sinne, das sind die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer, gehen sogar beide absolut zurück. 1991 werden diese beiden Steuerarten nur noch 59 Milliarden DM erbringen, gegenüber 62 Milliarden 1986. Die Reform hat vor allem die Funktion, den Prozeß der Steuerumverteilung zu intensivieren, die Gewinne und Spitzeneinkommen zu entlasten und die Masseneinkommen zu belasten.

3.4 Der Flexi-Konflikt im Bankenbereich

Im Zentrum des Konflikts im Bankenbereich (380 000 Beschäftigte) in den Monaten März bis Mai 1987 stand der Kampf um die Regelarbeitszeit und gegen die Ausweitung der Schichtarbeit und die Verlängerung der Arbeitszeiten am Abend und am Wochenende. Zwar handelte es sich eigentlich um eine normale Gehaltstarifbewegung, doch die Bankunternehmer erhoben die Forderung, Einkommensverbesserungen nur dann zu verhandeln, wenn gleichzeitig eine tarifliche Erweiterung der Betriebszeiten und eine Flexibilisierung der Arbeitszeit einbezogen würde.

Diese für die Gewerkschaften HBV und DAG überraschend eingeleitete Flexi-Offensive zielt auf die generelle Ausweitung der Geschäftszeiten und hat neue Absatzstrategien der Banken angesichts der härter umkämpften Märkte zum Hintergrund.

Nach einer quantitativen Expansionsstrategie, die Ende der 60er Jahre abgeschlossen war, als fast alle Haushalte ein Bankkonto besaßen und die Lohn- und Gehaltszahlungen weitgehend bargeldlos über die Kreditinstitute abliefen, folgte eine eher qualitative Expansionspolitik (Aufbau einer „marktorientierten Absatzorganisation“), die durch integrierte Kundenberatung Darlehen und Geldanlage betrieben. Kreditinstitute entwickelten sich zu Universalbanken und kämpften auf dem gleichen Markt um Kundengruppen.

In dieser neuen Strategie nehmen die Akquisiteure und qualifizierten Kundenberater eine besondere Rolle ein. Über Akquisitionstätigkeiten am Samstag und am Abend bis 22 Uhr, durch Verlängerung der Geschäftszeiten in Form von „langen Tagen“, Spätöffnungszeiten und Samstagsöffnung sollen neue Kunden angezogen werden. Dies alles zieht auch längere Arbeitszeiten für die Rechenzentren bei der Verarbeitung der Vorgänge nach sich.

Da die Zielvorgaben für die Kundenakquisition schon jetzt ständig erhöht werden, lösen sich allmählich die bisher festen Arbeitszeitstrukturen der Kundenberater/innen auf, und unter Mißbrauch der Gleitzeit entwickelt sich angesichts des Arbeitsdrucks ein real existierendes „Kapovaz-Verhalten“ der Beschäftigten. In den Rechenzentren der Banken bestehen durch den Neuaufbau der Datenprogramme, durch Schichtdienst und regelmäßige Mehrarbeit seit lan-

gem besondere Arbeitsbelastungen, die die Arbeitszeitfrage zu einem sensiblen Konfliktpunkt werden lassen.

Die Tarifstrategie der Bankunternehmer wollte nunmehr die tarifliche Öffnung für eine erweiterte Flexibilisierung durchsetzen und kalkulierte auf einen geringen Widerstand der Beschäftigten.

In der Tat sind Widerstandsaktionen und Kampferfahrungen in diesem Bereich bislang gering entwickelt. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt bei etwa 10 bis 20 Prozent (HBV). Außer bei der BfG sind nur in Ausnahmefällen Belegschaften so gut organisiert wie in der Regel in Industriebetrieben. Zu den besser organisierten Gruppen im Bankenbereich zählt die kleine Gruppe der „gewerblichen Arbeitnehmer“, der Orga-Bereich (Arbeitsorganisation usw. mit einer höheren formalen Qualifikation) und der EDV-Bereich (v. a. Rechenzentren) sowie die bankeigenen Druckereien. Nach wie vor ist die DAG in den Banken stark verankert. Das weitgehend gemeinsame Vorgehen in diesem Konflikt mit der HBV war eine wichtige Voraussetzung für die breite Mobilisierung.

Unmittelbarer Mobilisierungsanstoß war das konfrontative Vorgehen der Bankunternehmer in den Tarifverhandlungen. Die plötzliche und willkürliche Verknüpfung mit einer Flexibilisierungsoffensive wurde als „Tarifdiktat“ verstanden und führte zur Empörung weit über den gewerkschaftlich organisierten Kern hinaus. Weiterhin war die Verteidigung des freien Samstags ein Mobilisierungsanstoß (insgesamt 60 000 Unterschriften wurden durch die HBV gesammelt, zahlreiche Warnstreiks), der auch nach Rückzug dieser Forderung durch die Unternehmer weiter wirkte und sich gegen die anderen Flexibilisierungsformen wendete.

Angesichts der geringen Aktionserfahrungen entwickelte die HBV eine schrittweise Mobilisierung, die jeweils erste erfolgreich verlaufene Warnstreiks und die später kurzen regulären Streiks als Beispiel nutzte und im April und Mai eine Welle von Aktionen bundesweit auslöste. Stabilisierend wirkten ebenfalls die erfolgreich verlaufenen betrieblichen Urabstimmungen.

Spezifische Aktionsformen führten die „Banker“ an den Streik heran: Im zersplitterten Filialbereich wurde in Frankfurt eine „Gespenssteraktion Samstagsarbeit“ mit einer Zweigstellenbegehung verbunden, die die Präsenz der Gewerkschaft dokumentierte. In einigen Betrieben wurde das „Privileg“ der Gleitzeit genutzt, um kollektiv erst zu Beginn der Kernarbeitszeit (9.00 Uhr) die Arbeit aufzunehmen, was Störungen im Geschäftsablauf verursachte, die Arbeitszeitfrage politisierte und zur Waffe machte.

Schwerpunkte der Warn- und eintägigen Kurzstreiks waren die EDV-Abteilungen und Rechenzentren der Banken, die als technische „Nervenzentren“ besonders störanfällig waren. Die EDV-Spezialisten mit einem generell höheren Organisationsgrad unterscheiden sich auch vom Berufsverlauf her von den „Bankern“: Zum Teil werden sie aus Industriebetrieben rekrutiert (viele Operatoren) oder verfügen über einen politisierten Hochschulausbildungshintergrund (z. B. bei manchen Programmierern). Regionale Schwerpunkte waren Frankfurt, München, Hamburg, das Saarland und das Ruhrgebiet.

Die Warnstreiks sowie die Gleitzeitaktionen haben immer nur zur Verzögerung des Geschäftsablaufs führen können. Auch die jeweils befristeten Streiks in den Rechenzentren und Druckereien gingen nicht darüber hinaus, da die Unternehmer mit Streikbrechern und anderen Vorbereitungen die Aktionen unterlaufen konnten. In erster Linie wurde also nicht ein ökonomische, sondern eine politische Wirkung in der Hinsicht erzielt, daß die Einzelaktionen eine enorme Beispielwirkung entfalteten, gewerkschaftliche Sympathien eher erhöhten (Mitgliederzuwachs) und die prinzipielle Streikfähigkeit auch dieser Gruppen der Angestellten erstmals unter Beweis stellten und zudem die neue Störanfälligkeit in den technischen Zentren der Banken demonstrierten. Insofern ging die politische Ausstrahlung weit über den Bankenbereich hinaus.

Nach einem Spitzengespräch wurde Mitte Mai ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Neben den Gehaltserhöhungen um fast 4 Prozent konnte eine generelle Flexibilisierung verhindert werden. Allerdings wurde für den kundennahen Bereich der Beratung und Akquisition ein einjähriger Test in begrenztem Rahmen zugelassen.

Nach Interpretation der Gewerkschaft HBV wird hier lediglich eine bereits praktizierte variable Arbeitszeitausweitung stärker der Mitbestimmung der Betriebsräte unterworfen. Damit wurde die eigentliche Auseinandersetzung um die Flexibilisierung auf das Frühjahr 1988 vertagt, wenn für den Bankenbereich Arbeitszeitforderungen der Gewerkschaft vorgelegt werden sollen.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Verlangsamung der Konjunktur hat schon vor dem Beginn einer regelrechten Rezession eine deutliche Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt ausgelöst. Sieht man von saisonalen Faktoren ab, so nimmt die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft derzeit nur noch minimal zu. In der Industrie ist sie seit dem vierten Quartal 1986 schon wieder rückläufig.

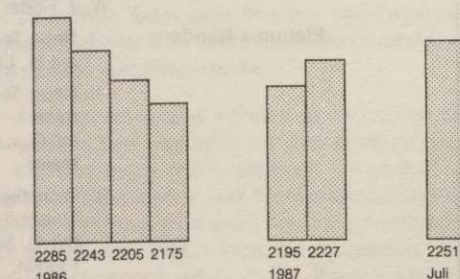
Abhängig Beschäftigte¹

	1 9 8 5				1 9 8 6				1 9 8 7	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. ²
Insgesamt	22186	22230	22305	22357	22405	22484	22561	22604	22638	22650
darunter:										
Produzierendes										
Gewerbe	9629	9637	9677	9703	9741	9782	9811	9809	9797	—
Handel und										
Verkehr	4339	4332	4325	4324	4322	4323	4326	4327	4340	—
Dienstleistungen	7963	8009	8050	8080	8094	8129	8174	8221	8257	—

1 In 1000 Personen, saisonbereinigte Zahlen
2 Schätzung des DIW
(Quelle: DIW-Wochenbericht 30/1987)

Nur in den Dienstleistungsbereichen steigt die Beschäftigtenzahl noch an, wobei vor allem die Teilzeitbeschäftigung zunimmt.

Trotz der intensivierten Bemühungen der Bundesanstalt für Arbeit um eine Ausdehnung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und eine Erweiterung von Qualifizierungskursen im Rahmen ihrer „Qualifizierungsoffensive“ nimmt die Arbeitslosigkeit seit Herbst 1986 wieder zu, wenn man die saisonbereinigten Zahlen zugrunde legt. Seit Mitte 1987 ist der Vorjahresstand wieder übertroffen.

Registrierte Arbeitslose
(saisonbereinigte Zahl in 1000)

IMSF

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	2497	— 93	428	+ 165	150	+ 28
Februar	2488	— 105	382	+ 87	165	+ 28
März	2412	— 36	463	+ 168	180	+ 22
April	2216	— 14	302	+ 86	179	+ 22
Mai	2099	— 23	222	+ 49	181	+ 11
Juni	2097	+ 19	184	+ 66	182	+ 9
Juli	2176	+ 44	216	+ 129	180	+ 10

1 In 1000 Personen
2 Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Die Konjunkturabschwächung und einige Maßnahmen der Bundesregierung (Verlängerung des Bezugs von Arbeitslosengeld) belasten die Kassen der Bundesanstalt für Arbeit (und sollen die Bundeskassen entlasten). Die BA sieht sich daher ausgerechnet in einer Periode erneut ansteigender Arbeitslosigkeit vor die Situation gestellt, ihre arbeitsmarktpolitischen Bemühungen einschränken zu müssen.

Selbst Prognosen, die für 1988 eine gewisse Belebung der Wirtschaft erhoffen, müssen daher mit steigenden Arbeitslosenzahlen rechnen.

Arbeitsmarktbilanz¹

	1983	1984	1985	1986	1987 ²	1988 ²
Erwerbspersonen	28652	28858	28982	29125	29270	29370
Erwerbstätige	25272	25304	25481	25736	25890	25940
darunter:						
Abhängige	21998	22038	22215	22465	22620	22670
Registrierte						
Arbeitslose	2258	2266	2304	2228	2230	2270
Stille Reserve	1122	1288	1197	1161	1150	1160
Tatsächliche						
Arbeitslose	3380	3554	3501	3389	3380	3430

¹ In 1000 Personen

² Schätzung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Wirtschaftswachstum 1987 = 1,25 Prozent; 1988 = 1,75 Prozent

(Quelle: Wirtschaftskonjunktur 7/1987, A 11)

Sinkt aber das „Wachstum“ im Zuge einer beginnenden Rezession 1988 auch nur auf null, so würde die Arbeitslosigkeit um rund 400 000 Personen stärker ansteigen als angenommen: Die Zahl der tatsächlichen Arbeitslosen würde im Jahresdurchschnitt 1988 an die vier Millionen kommen, im Winter zwischen vier und fünf Millionen liegen.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshauss.
Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco, der Abschnitt 2 von Gert Hautsch verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 25. 8. 1987. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

„Zukunft von Technik und Arbeit — Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung“

Diskussionstagung des IMSF mit betrieblichen, gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Experten.

Vorträge und Diskussionsrunden im Plenum — Erfahrungsaustausch und Strategiediskussion in Arbeitsgruppen.

Frankfurt/M., 21./22. Nov. 1987, Bürgerhaus Nordweststadt und Fachhochschule

Beginn: 21. November 1987, 11.00 Uhr; Abschluß 22. November 1987, 14.00 Uhr

Vorläufiges Programm:

Einleitungsbeiträge: Neue Technik und Arbeit im Umbruch

A. Leisewitz, IMSF

Haben die Gewerkschaften die technologische Revolution verschlafen? Defizite und Anforderungen an die Strategie- und Alternativendiskussion

W. J. Röder, Gewerkschaftssekretär

Plenums-Runden:

I. Neue Technologien und Veränderung der Arbeit

mit H. Lange, L. Peter, E. Becker-Töpfer, S. Voets u.a.

II. Neue Technik — neue Betriebsstrukturen — neue Konfliktfelder

mit G. v. Randow, R. Ullrich, R. Einkenkel, G. Schmidt, P. Tanzmeier

III. Technikgestaltung — Blockade- und Vetomacht — Alternativkonzeptionen

mit U. Schumf-Garling, M. Wellmann, P. Zimmermann, H. Pfäfflin.

Arbeitsgruppen

zu folgenden Themen: 1. Technologischer Umbruch und betriebliche Handlungsmöglichkeiten; 2. Wie wollen wir arbeiten?; 3. Neue Technik und Qualifikationsentwicklung; 4. Gegenwehr-Alternativen der Technikentwicklung; 5. Neue Gruppen im Betrieb und Auseinandersetzung um neue Technologien; 6. Neue Technik und Regionalentwicklung.

Mitwirkende: R. Behrendt, K. Siegel, W. Hecker, Chr. Wurms, Joh. Hund, L. Marquardt, W. Petschick, R. Schwitzer, N. Birkwald, J. Stumpf, J. Hofmann, E. Pusch, W. Niclas, G. Wohland, H. Bömer, H. Geißelbrecht u.a.

Abschlußdiskussion: Modernisierungsschub, neue Technik, gesellschaftlicher Umbruch: Braucht die Arbeiterbewegung eine neue Strategie?

mit U. Briefs, F. Deppe, E. Fehrmann, M. Schlecht, W. Stürmann u.a.

Anmeldung: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt/M. 1, Telefon 069/72 49 14